

Positionspapier der AG DROPO Hamburg zur aktuellen Drogenpolitik:

Die am Verbot orientierte Drogenpolitik sowie der „Global War on Drugs“ sind nachweisbar gescheitert. Dies wird selbst durch PolitikerInnen wie Kofi Annan, Ban Ki-Moon und Mitgliedern der Gewerkschaft der Polizei sowie 122 deutschen StrafrechtsprofessorInnen bestätigt.

Die Folgen der Drogenprohibition sind neben den Folgen für den einzelnen Konsumenten auch international zu protokollieren. In Mexico geht man von ca. 70.000 Toten im Drogenkrieg seit 2006 aus. Dies ist nicht der Wirkung der Drogen geschuldet, sondern der repressiven Drogenpolitik. Die hieraus resultierenden Schäden sind weitreichend:

auf gesellschaftlicher Ebene

- **Organisierte Kriminalität/Schwarzmarkt**

Der Drogenmarkt wird zu 100% der Mafia, den Drogenkartellen und Terrornetzwerken wie Al Qaida überlassen. Der Staat wird seiner Aufgabe, die Kontrolle über illegalisierte Substanzen zu übernehmen, nicht gerecht.

- **Einschränkung von Bürgerrechten**

Ein Verhalten, mit dem man sich - wenn überhaupt - nur selbst schädigt, liegt nicht im Aufgabenbereich der Strafverfolgungsbehörden und des Staates, ansonsten müssten auch Rockkonzerte, Alkohol und Formel 1 Rennen verboten werden. Das Ziel der Eindämmung des Drogenkonsums durch Verbote ist nachweislich gescheitert. Der Umgang mit psychoaktiven Substanzen ist mündigen und aufgeklärten Bürgern zuzutrauen. Ein Verbot ist ein unzulässiger Eingriff in die Persönlichkeitsrechte und damit ein Verstoß gegen Artikel 2 Grundgesetz (allgemeine Handlungsfreiheit). Die Prohibition führt zu sozialer Stigmatisierung der Konsumenten und zu einem Schwarzmarkt mit raubtierkapitalistischen Ausmaßen, der weder Verbraucher- noch Jugendschutz kennt.

- **Kein Jugend- und Verbraucherschutz**

Der Drogendealer fragt nicht nach dem Personalausweis. Der illegale Drogenmarkt zielt auf maximalen Gewinn ab, somit sind in fast allen Substanzen bereits Beimischungen gefunden worden, die die Gefährlichkeit der eigentlichen Droge bei weitem übertreffen. Blei im Haschisch, Glasstaub im Cannabis, Medikamente im Kokain etc.

- **Bürgerinnen als Opfer der Beschaffungskriminalität und organisierter Kriminalität**

Die negativen Auswirkungen durch Terrornetzwerke (Al Qaida finanziert sich zu 30 – 40 Prozent aus dem illegalen Drogenhandel) und die Mafia müssen nicht weiter erläutert werden. Delikte wie Diebstahl und Einbrüche sind die üblichen Straftaten zur Finanzierung von Drogensucht. Bei weiblichen Konsumentinnen ist häufig die Beschaffungsprostitution Folgeerscheinung des kriminalisierten Drogengebrauchs. Bei einer flächendeckenden Versorgung von Abhängigen mit Originalstoffen und dadurch Loslösung aus dem kriminellen Drogenmilieu würden diese Straftaten sprunghaft zurückgehen und die volkswirtschaftliche Belastung bei weitem niedriger sein als bisher.

auf individueller Ebene

- **Strafrechtliche Verfolgung und Diskriminierung von KonsumentInnen**
- **Gesundheitliche Schäden**
- **Drogentote**

Pro Jahr sterben in Deutschland mehr als 1000 Menschen an illegalisierten Drogen. Fast alle Drogennotfälle hängen mit der starken Verunreinigung und dem schwankenden Wirkstoffgehalt zusammen. Bayern ist das Bundesland mit dem schlechtesten Suchthilfesystem, es gibt weder Fixerstuben noch Originalstoffvergaben. Eine Umfrage von SPIEGEL ONLINE in allen 16 Bundesländern hat ergeben, dass Bayern 2014 zum dritten Mal in Folge die meisten Drogentoten aller Länder verzeichnete.

auf Wirtschaftsebene

- **Milliardenbeträge für die Strafverfolgung**
- **25.000 Menschen in Haft wegen Drogen- oder Beschaffungsdelikten**
- **Keine Steuereinnahmen durch fehlende Regulierung des Drogenschwarzmarktes**

Die überwiegende Zahl der DrogenkonsumentInnen lebt ein normales Leben. Selbst sogenannte „abhängige“ KonsumentInnen bleiben oftmals sozial integriert. Menschen mit problematischem Drogenkonsum brauchen Hilfe. Die Strafverfolgung hat für sie und alle anderen negative Folgen. Prohibition soll den schädlichen Konsum illegalisierter Drogen verhindern, doch tatsächlich ist dieses Ziel nicht erreicht worden.

Eine Legalisierung würde zu der Auflösung des Schwarzmarktes und Senkung der Drogenkriminalität beitragen. Zudem wäre eine Regulierung und Kontrolle des Marktes möglich, Verbraucher- und Jugendschutz könnte besser gewährleistet und mittels Steuereinnahmen finanziert werden. Eine Verminderung von psychischen, physischen und sozialen Schäden der DrogenkonsumentInnen wäre die Konsequenz.

Durch gesetzlich regulierte Märkte (kontrollierter Anbau und Herstellung der Substanzen, Qualitätskontrollen, Verbraucher- und Jugendschutz) und der kontrollierten Abgabe durch unterschiedliche Modelle ist eine Drogenlegalisierung möglich. Deshalb fordern wir eine ideologiefreie gesellschaftliche Debatte zur Legalisierung, die über die Entkriminalisierung von CannabiskonsumentInnen hinausgeht. Demnach treten wir für eine Neuausrichtung der auf Strafe und Repression ausgerichteten Drogenpolitik sowie die Entwicklung konkreter Modelle für die Umsetzung einer auf Drogenkontrolle basierenden Drogenpolitik ein. Das kann nach unserer Auffassung nur dazu führen, eine Evaluierung und eine Reform des BtmG mit dem Ziel der Abschaffung der strafrechtlichen Verfolgung im Kontext des Drogenkonsums zu veranlassen.